



N i e d e r s c h r i f t
über die 134. - öffentliche - Sitzung
des Ausschusses für Inneres und Sport
am 3. Februar 2022
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/10594](#)
Einbringung des Gesetzentwurfs 5
Verfahrensfragen..... 5
2. **Entwurf eines Niedersächsischen Abschiebehaftvollzugsgesetzes**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/10550](#)
Verfahrensfragen..... 7
3. **Cyberkriminalität - Ausbildung der niedersächsischen Polizeibeamten ausbauen**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/10570](#)
Verfahrensfragen..... 9
4. **Vorsorge treffen für die Auswirkungen des Klimawandels: Hochwasser- und Katastrophenschutz in Niedersachsen verbessern!**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/9881](#)
Mitberatung 11

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Thomas Adasch (CDU), Vorsitzender
2. Abg. Karsten Becker (SPD)
3. Abg. Deniz Kurku (SPD)
4. Abg. Sascha Laaken (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
5. Abg. Doris Schröder-Köpf (SPD)
6. Abg. Petra Tiemann (SPD)
7. Abg. Ulrich Watermann (SPD)
8. Abg. André Bock (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
9. Abg. Rainer Fredermann (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
10. Abg. Bernd-Carsten Hiebing (CDU)
11. Abg. Sebastian Lechner (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
12. Abg. Uwe Schünemann (CDU)
13. Abg. Hans-Joachim Janßen (GRÜNE) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
14. Abg. Dr. Marco Genthe (FDP)

mit beratender Stimme:

15. Abg. Jens Ahrends (fraktionslos) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
16. Abg. Klaus Wichmann (fraktionslos) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrätin Armbrecht.

Vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst:

Ministerialdirigent Dr. Wefelmeier (Mitglied).

Niederschrift:

Regierungsrätin Harmening,
Regierungsrätin March-Schubert, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 10.15 Uhr bis 10.42 Uhr.

Außerhalb der Tagesordnung:*Billigung von Niederschriften*

Der **Ausschuss** billigte die Niederschriften über die 132. und 133. Sitzung.

Der **Ausschuss** nahm zudem in Aussicht, am 23. Juni 2022 die Messe Interschutz in Hannover zu besuchen, sofern dies mit Blick auf die weitere Entwicklung der Corona-Pandemie möglich sei.

Schweigeminute in Gedenken an die getöteten Polizeikräfte aus Rheinland-Pfalz

Vors. Abg. **Thomas Adasch** (CDU) erinnerte an den Vorfall in Rheinland-Pfalz am 31. Januar 2022, bei dem eine 24-jährige Polizistin und ein 29-jähriger Polizist im Dienst bei einer Fahrzeugkontrolle erschossen worden waren. Er berichtete, dass angesichts dieses furchtbaren Mordes am morgigen Freitag, 4. Februar 2022, um 10 Uhr bei der Polizeiinspektion Hannover - Am Welfenplatz 2 - eine Schweigeminute in Gedenken an die Opfer abgehalten werden solle. Minister Pistorius lade alle Mitglieder des Innenausschusses herzlich ein, hieran teilzunehmen.

LPD **Leopold** (MI) ergänzte, dass deutschlandweit entsprechende Aktionen geplant seien. In Rheinland-Pfalz würden morgen um 10 Uhr die Streifenfahrten unterbrochen, um vor den Dienststellen öffentlich die Trauer über die Morde zu demonstrieren. Niedersachsen werde sich dem anschließen, und Minister Pistorius würde sich sehr freuen, wenn die Mitglieder des Innenausschusses als Zeichen der Solidarität an der Veranstaltung bei der Polizeiinspektion Hannover teilnähmen.

Vors. Abg. **Thomas Adasch** (CDU) fügte hinzu, dass auch die Möglichkeit bestehe, sich nach vorheriger Anmeldung an den jeweiligen Dienststellen vor Ort an der Aktion zu beteiligen.

Terminangelegenheiten

Vors. Abg. **Thomas Adasch** (CDU) informierte darüber, dass die Landesbeauftragte für den Datenschutz ihren Tätigkeitsbericht für das Jahr 2021 am 2. Juni 2022 im Ausschuss vorstellen werde.

Die Mitglieder des Innenausschusses seien ferner eingeladen, an der Sitzung des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes am 9. Juni 2022 teilzunehmen, um der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2021 zu folgen.

Tagesordnungspunkt 1:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/10594](#)

direkt überwiesen am 19.01.2022

federführend: AfluS

mitberatend: AfRuV

Einbringung des Gesetzentwurfs

Abg. **Deniz Kurku** (SPD) brachte den Gesetzentwurf der Fraktion der Koalitionsfraktionen ein und erläuterte Anlass, Inhalt und Ziele im Sinne der schriftlichen Begründung.

Verfahrensfragen

Vors. Abg. **Thomas Adasch** (CDU) informierte darüber, dass der Präsident des Städte- und Gemeindebundes Dr. Trips darauf hingewiesen habe, dass die kommunalen Spitzenverbände Wert darauf legten, mündlich zu dem Gesetzentwurf angehört zu werden. Er persönlich habe nicht den Eindruck gewonnen, dass in diesem Zuge noch größere Hürden aus dem Weg zu räumen seien. In Rücksprache mit dem GBD habe er aber vorsorglich den 3. März 2022 als Anhörungstermin ins Auge gefasst.

Der **Ausschuss** einigte sich darauf, entsprechend zu verfahren und eine mündliche Anhörung durchzuführen.

Tagesordnungspunkt 2:

Entwurf eines Niedersächsischen Abschiebehaftvollzugsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung -
[Drs. 18/10550](#)

*erste Beratung: 127. Plenarsitzung am
26.01.2022*

federführend: AfluS

mitberatend: AfRuV

Verfahrensfragen

Abg. **Ulrich Watermann** (SPD) plädierte dafür, eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen und die Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe um eine Stellungnahme zu bitten. Angehört werden sollte aus seiner Sicht zudem der Flüchtlingsrat Niedersachsen.

Der **Ausschuss** zeigte sich damit einverstanden und einigte sich darauf, dass weitere Anzuhörende bis zum 10. Februar 2022 benannt werden könnten.

Tagesordnungspunkt 3:

Cyberkriminalität - Ausbildung der niedersächsischen Polizeibeamten ausbauen

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/10570](#)

*erste Beratung: 128. Plenarsitzung am
27.01.2022*

federführend: AfluS

*mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39
Abs. 3 Satz 1 GO LT: AfHuF*

Verfahrensfragen

Abg. **Dr. Marco Genthe** (FDP) erinnerte an die Landtagsdebatte zu dem Thema und sagte, offenbar herrsche Einigkeit darüber, dass die Notwendigkeit bestehe, auf die steigenden Zahlen im Bereich der Cyberkriminalität seitens der Sicherheitsbehörden zu reagieren. Er schlug vor, zunächst um eine Unterrichtung durch die Landesregierung zur gegenwärtigen Ausbildung an der Polizeiakademie Niedersachsen zu bitten.

Abg. **Karsten Becker** (SPD) stimmte dem zu und ergänzte, dass im Rahmen der Unterrichtung auch auf die Zusammenarbeit der Behörden auf Landes-, Bundes- und Europaebene bei dem Thema eingegangen werden sollte.

Der **Ausschuss** beschloss, die Landesregierung um eine Unterrichtung mit den angesprochenen Inhalten zu bitten.

Tagesordnungspunkt 4:

Vorsorge treffen für die Auswirkungen des Klimawandels: Hochwasser- und Katastrophenschutz in Niedersachsen verbessern!

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/9881](#)

erste Beratung: 117. Plenarsitzung am 15.09.2021

federführend: AfUEBuK

mitberatend: AfluS

mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT: AfHuF

Mitberatung

Beratungsgrundlagen:

Vorlage 1 Schriftliche Unterrichtung durch das Niedersächsische Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

Nachtrag 1 Ergänzende schriftliche Unterrichtung durch das Niedersächsische Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

Vorlage 2 Ergänzende schriftliche Unterrichtung durch das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport

Vors. Abg. **Thomas Adasch** (CDU) informierte darüber, dass der - federführende - Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz in seiner 92. Sitzung am 22. Januar 2022 die Beratung abgeschlossen und dem Landtag - vorbehaltlich der Zustimmung der mitberatenden Ausschüsse - empfohlen habe, den Antrag abzulehnen.

Abg. **Hans-Joachim Janßen** (GRÜNE) legte dar, Anlass für die Erstellung des Antrags der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen seien die Hochwasserereignisse im vergangenen Jahr gewesen. Es gehe dabei um den Hochwasserschutz im weitesten Sinne sowie um die Reaktionsfähigkeit im Ereignisfall bzw. darum, dass es aufgrund dieser auch in Niedersachsen grundsätzlich möglichen und wegen des Klimawandels immer wahrscheinlicher werdenden Ereignisse eines Höchstmaßes an Vorsorge bedürfe.

Aus Sicht der Grünen sei es ausgesprochen dringlich, dort auf einen optimalen Stand zu kommen, und es gebe aus seiner Sicht - auch wenn der Umweltausschuss zu einem anderen Ergebnis gekommen sei - sehr wohl Punkte, die einer weiteren Bearbeitung und Vertiefung bedürften. Drei Punkte seien dabei besonders hervorzuheben.

Zum einen sollten die Abwassergebühren genutzt werden können, um die kommunale Starkregenvorsorge zu stärken. Diesbezüglich liefen bereits Gespräche, deren Ergebnisse abzuwarten seien. Zum anderen seien die Zuschüsse des Landes für die im Katastrophenschutz tätigen Hilfsorganisationen bislang nicht in dem Maße aufgestockt worden, wie es z. B. die kommunalen Spitzenverbände forderten. Schließlich sei das Alarmsystem - Stichwort „Sirenen“ - noch längst nicht auf dem erforderlichen Stand.

Die Bedeutung des Themas sei bei der ersten Beratung im September-Plenum im Übrigen auch von den Abgeordneten der Koalitionsfraktionen deutlich gemacht worden. So habe der Abgeordnete Oesterhelweg darauf hingewiesen, dass es beispielsweise bei einem Stromausfall erhebliche Schwierigkeiten gäbe, Tankstellen zu bedienen und Ähnliches mehr.

Der Abgeordnete sagte, seines Erachtens wäre es gut, sich dem Antrag noch einmal intensiv zu widmen und möglichst im Rahmen einer Anhörung die verschiedenen Aspekte näher zu beleuchten.

Auch für den Fall, dass sein Vorschlag abgelehnt werden sollte, werde die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an dem Antrag festhalten und für ihn votieren.

Vors. Abg. **Thomas Adasch** (CDU) warf ein, seiner Auffassung nach müsste eine Anhörung im federführenden Ausschuss durchgeführt werden.

Abg. **Rainer Fredermann** (CDU) erklärte, die Koalitionsfraktionen seien der Ansicht, dass mit den Stellungnahmen der Landesregierung in den Vorlagen 1 und 2 sowie dem Nachtrag zu Vorlage 2 bereits alle Fragen beantwortet worden seien und es insofern keiner weiteren Beratung mehr bedürfe. Er plädierte vor diesem Hintergrund dafür, in der heutigen Sitzung über den Antrag abzustimmen, und kündigte an, dass die Koalitionsfraktionen gegen den Antrag stimmen würden.

Der **Ausschuss** schloss sich dem Votum des - federführenden - Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz an, dem Landtag zu empfehlen, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: -
